



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

FÜRACKER: LÄNDER FORDERN NATIONALE FINANZBILDUNGSSTRATEGIE – Einstimmiger Beschluss der Finanzministerkonferenz

30. Januar 2025

Deutschland braucht zügig eine nationale Finanzbildungsstrategie, sagen die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder. Eine entsprechende Forderung haben sie heute in der Finanzministerkonferenz (FMK) einstimmig beschlossen. Die FMK tagte anlässlich der 1000. Sitzung des Bundesratsfinanzausschusses in Frankfurt am Main. Die Länder möchten gemeinsam mit dem Bund zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zur nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen. Hamburg und Hessen hatten den Beschluss der Finanzministerkonferenz federführend und parteiübergreifend vorbereitet.

Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Finanzielle Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zugleich ein Grundstein für eine prosperierende und damit stabile Gesellschaft. Von einem breiten Verständnis finanzieller Zusammenhänge profitiert langfristig nicht nur der Einzelne, sondern zugleich das Gemeinwesen als Ganzes. Mit einer nationalen Finanzbildungsstrategie legen wir den Grundstein, dass künftig alle Bürgerinnen und Bürger über die erforderlichen Fähigkeiten und das Wissen verfügen, um fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen. Gemeinsam mit den anderen Ländern setzen wir uns dafür ein, dass eine solide Grundlage für die finanzielle Bildung auf nationaler Ebene in Deutschland geschaffen wird!“

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Finanzminister Hessen: „Finanzkompetenz hilft jedem einzelnen, sein Leben möglichst finanziell abgesichert zu führen. Das wiederum hilft allen, entlastet dies doch unsere sozialen Sicherungssysteme. Finanzkompetenz ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlergehen, Wohlstand und Sicherheit. Es gibt also viele gute Gründe, in die Finanzkompetenz der Menschen zu investieren.

Deutschland ist eines der wenigen Länder der OECD, das keine nationale Finanzbildungsstrategie hat. Das sollte die künftige Bundesregierung möglichst zügig ändern. Die Länder sind bereit, sie dabei zu unterstützen.

Bei Bildung denken viele vor allem an Schule. In Hessen denken wir aber auch an Freunde und Familien, an Arbeitgeber und Kollegen. Sie alle können Finanzkompetenzen vermitteln. Mit der Seasn-App, die finanzielle Entscheidungen und ihre Wirkungen simulieren kann, oder Informationsangeboten für Azubis vermitteln wir bereits Finanzkompetenzen. Ich bin sicher, dass es deutschlandweit viele weitere gute Ideen gibt, die zu einer nationalen Strategie beitragen können.“

Dr. Andreas Dressel, Finanzsenator Freie und Hansestadt Hamburg: „Was bedeutet das Kleingedruckte beim Handyvertrag? Wie funktioniert eine Banküberweisung? Ist Geldanlage schon was für mich als junger Mensch? Finanzielle Fragen bestimmen an vielen Stellen auch den Lebensalltag von Jugendlichen, ohne dass diese aber wirklich über vieles Bescheid wissen. Ohne Moos, nix los – heißt es so schön. Mit unserem heutigen Beschluss setzen wir ein ebenso starkes wie wichtiges Signal für mehr finanzielle Bildung in Deutschland. Gerade für junge Menschen ist solides Wissen um finanzielle Zusammenhänge ein wesentlicher Schlüssel für ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben. Bei uns in Hamburg haben wir mit der von Finanzbehörde, Handelskammer und Finanzplatz e. V. 2023 gegründeten Gesellschaft FCH Finance City Hamburg GmbH bereits eine Institution, die dieses Thema bewegt. Und wir starten jetzt in Hamburg ein

Programm ‚SchoolMeetsFinance‘, mit der wir Kompetenz aus der Finanzwirtschaft gezielt in die Schulen bringen. Es braucht aber auch ein bundesweites Commitment, einen klaren Plan und deutlich Engagement, um finanzielle Bildung in Deutschland insgesamt und unter Wahrung der Bildungshoheit der Länder voranzubringen, genau dafür steht unser gemeinsamer Länderbeschluss.“

Dr. Marcus Optendrenk, Finanzminister Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Finanzministerkonferenz: „Das Risiko von Negativzinsen aufs Ersparte, die Verheißungen von Bitcoin und ETFs – viele Menschen sind durch die Vielfalt der Finanznachrichten in jüngerer Vergangenheit verunsichert. Wer keine Börsencracks im Familien- oder Bekanntenkreis hat, kann viele Chancen nicht nutzen und bleibt mit dem schlechten Gefühl zurück, selbst nicht genug für die eigene Vorsorge zu tun. Aber ob Menschen kompetent für ihre eigene finanzielle Absicherung sorgen können, sollte nicht dem Zufall überlassen sein. Es gibt in den Ländern bereits viele gute Ansätze, aber wir benötigen für die Finanzbildung eine nationale Strategie, um das hohe Gut der Chancengleichheit in der gesamten Republik zu wahren.“

Doris Ahnen, Finanzministerin Rheinland-Pfalz und Stellvertretende Vorsitzende der Finanzministerkonferenz: „Für das Alter vorsorgen, Verträge abschließen oder ein Depot anlegen – viele Menschen glauben, dass diese Themen zu kompliziert sind und möchten sich lieber nicht „mit Zahlen beschäftigen“. Doch meistens müssen weitreichende finanzielle Entscheidungen getroffen werden, die einen großen Einfluss auf das weitere Leben haben. Diese Entscheidungen erfordern ein grundlegendes Wissen über finanzielle Zusammenhänge und Produkte. Wir brauchen in Deutschland eine langfristige Strategie zur finanziellen Bildung, damit alle Menschen ihr finanzielles Wissen verbessern und eigenverantwortliche Entscheidungen treffen können. Diese Strategie muss auf Frauen und Männer gleichzeitig ausgerichtet werden, denn häufig trauen sich Frauen im Umgang mit Finanzprodukten selbst zu wenig Kompetenz zu. In Rheinland-Pfalz kümmern wir uns seit vielen Jahren mit einer erfolgreichen Kooperation mit der Bundesbank um die finanzielle Bildung in den Schulen – durch Lehrkräftefortbildungen und Veranstaltungen. Aber es braucht eine bundesweite Strategie für eine nachhaltige finanzielle Bildung und damit langfristig für eine kompetente ökonomische Teilhabe aller.“

Fragen und Antworten:

Was haben die Länderfinanzministerinnen und -minister beschlossen?

Die Finanzministerinnen und -minister der Länder fordern die Bundesregierung auf, zügig eine nationale Finanzbildungsstrategie zu verabschieden. Sie soll eine langfristige und nachhaltige Grundlage für die Stärkung der Finanzkompetenzen in der Bevölkerung bilden. Finanzkompetenz ist nach Ansicht der Finanzministerinnen und -minister notwendige Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe sowie Wohlstand und Wohlergehen jedes Menschen. Gutes Finanzverhalten hat zudem einen erheblichen Einfluss auf die Tragfähigkeit sozialer Sicherungssysteme und die Prosperität der Volkswirtschaft insgesamt.

Die Länder möchten auch selber zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zur nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen.

Den Beschluss der Finanzministerkonferenz hatten Hamburg und Hessen federführend und parteiübergreifend vorbereitet.

Was ist die Finanzministerkonferenz?

Die Finanzministerkonferenz (FMK) ist ein Zusammenschluss aller Länderfinanzministerien. Die FMK tagt in der Regel direkt im Anschluss an die Sitzungen des Bundesratsfinanzausschusses. Der Finanzausschuss ist Teil des Gesetzgebungsverfahrens und dadurch ist seine Tagesordnung bestimmt. In der FMK hingegen können die Länderfinanzministerinnen und -minister losgelöst von laufenden Gesetzgebungsverfahren Themen aufgreifen, erörtern und vorbereiten. Beschlüsse der FMK sind in der Regel nicht öffentlich.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

